



Nummer 2 | Februar 2017

Liebe Leserinnen und Leser,

zum zweiten Mal nach 2009 durfte ich am vorletzten Sonntag an einer Bundesversammlung teilnehmen. Für mich war es eine große Ehre dabei zu sein und wie Sie sich sicherlich vorstellen können, ist der Rahmen einer solchen Veranstaltung sehr feierlich. Frank-Walter Steinmeier wurde mit einem deutlichen Ergebnis zum neuen Bundespräsidenten gewählt.



Bei einem gemeinsamen Vorschlag der drei stärksten Fraktionen sicherlich keine Überraschung. Gerne hätte ich Prof. Lammert auf diesem Platz gesehen. Seine Rede zur Ver-

sammlung hat mich wieder einmal beeindruckt. Ich kann Bundespräsident Steinmeier nur in unserem Sinne viel Erfolg bei den sicherlich nicht einfachen Aufgaben wünschen. Ihnen allen wünsche ich viel Spaß beim Lesen.

Thwe
Astrid Grotelüsch

Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftspolitik — GRW

Am vergangenen Donnerstag Nachmittag wurde in einer 38 Minuten Debatte der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Regionale Wirtschaftspolitik – Ein integriertes Fördersystem für strukturschwache Regionen in ganz Deutschland schaffen“ beraten und einstimmig verabschiedet! Dem ein oder anderen ist dieses Förderprogramm unter dem Namen GRW und den in A, B und C abgestuften Förderkulissen schon einmal begegnet. Derzeit profitieren die Unternehmen in Delmenhorst und im Landkreis Oldenburg davon. Da 2020 eine neue Förderperiode beginnt, diskutieren wir zur Zeit über eine verbesserte und gezieltere Ausrichtung der Gelder. Längst stehen nämlich nicht mehr die unterschiedlichen Lebensverhältnisse z.B. zwischen den alten und neuen Bundesländern im Vordergrund. Längst gibt es auch in Westdeutschland Städte und Ge-



meinden, die unter sogenanntem Strukturwandel leiden. Ich habe mich in meiner Rede auf die besonderen Herausforderungen für die Menschen in ländlichen Räumen konzentriert und klare Positionen bezogen. So sehe ich mit Sorge, dass einige Kommunen wegen Ab-

wanderung weiter schrumpfen und sich mit dem Leerstand von Wohngebäuden, Firmenhallen, Ladenlokalen und dem Abbau von Infrastrukturen, dem Fehlen des Haus- oder Facharztes auseinandersetzen müssen—dieser Prozess ist in einigen Regionen bereits in vollem Gange.

Aus meiner Sicht brauchen wir deshalb ein deutlich verbessertes Förder-system, damit zukünftig die Gelder angepasst, auf die neuen Herausforderungen, zielgenau helfen und vor Ort ankommen!

Ein besonderes Augenmerk muss zudem auf einen verbesserten Mittelabfluss in den Ländern gelegt werden. Hier gibt's in Niedersachsen noch einiges zu tun. Zudem sind zentrale Ansprechpartner zur Mittel-

standsförderung gefragt. Die Forderung nach sogenannten „Single Point of Contact“, die bei der systematischen Suche von passgenauen Programmen wichtige Hilfe leisten können, habe ich deshalb auch in diesem Antrag eingefordert. So können Anfragen gebündelt und Informationsdefizite zwischen den Kommunen und Landkreisen verringert werden. Letztlich müssen wir, wie fast überall, versuchen Bürokratie abzubauen, die sich auf das Ausfül-

len der Förderanträge und den Umfang der notwendigen Auskünfte bezieht. Alle Parteien waren sich in der Debatte aber einig: Dreh- und Angelpunkt unseres Antrags ist das klare Bekenntnis zur Regionalen Wirtschaftspolitik (GRW). Die GRW ist schlicht und ergreifend das einzige und damit das wichtigste wirtschaftspolitische Instrument, mit dem Bund und Länder gemeinsam den Abbau der regionalen Disparitäten gezielt fördern.

Zu Recht diskutiert: Die „SPD- Bauernregeln“

Auf der „Grünen Woche“ in Berlin konnte ich mich auch in diesem Jahr über die hochtechnisierte und professionelle Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte informieren. Bereits in der vorherigen NAG hatte ich über die zukünftigen Herausforderungen und Chancen der Agrarwirtschaft geschrieben. Auch ein Treffen mit Wirtschaftsminister Lies und Agrarminister Meyer stand auf dem Programm.

Dass nun ausgerechnet das von Bundesministerin Barbara Hendricks geführte Umweltministerium sogenannte „Bauernregeln“ veröffentlicht hat, sollte zumindest Landesminister Lies dazu inspirieren, seiner Parteifreundin Nachhilfe in Sachen Berufsbild und Professionalität unserer Landwirte zu geben. Denn ich finde: Die Kampagne aus dem Umweltministerium ist anmaßend, plump und dem hochprofessionellen Berufsstand der Landwirte in keiner Weise angemessen. Dass die ganze Werbestrategie auch noch aus Steuermitteln finanziert ist – ein Skandal.

Diese deutliche Haltung teile ich auch mit den Landfrauen aus meiner Region, die ich zum Alpaca-Hof Fortmann in Bürstel eingeladen hatte. Eigentlich sollte es um das wichtige Thema Ehrenamt gehen. Aber die Entrüstung über die „Bauernregeln“ ließ uns natürlich auch über dieses Thema und das

damit in der Öffentlichkeit und vielen Medien verzerrte Bild diskutieren.

Auch ich habe mich in Berlin darum bemüht, dass unserem derzeitigen Koalitionspartner deutlich vor Augen geführt wurde, wie sehr die „Bauernregeln“ einen der wichtigsten Berufsstände unserer Gesellschaft vor den Kopf gestoßen haben. Daher habe ich, und sicherlich auch unsere Landfrauen, mit Genugtuung die Entschuldigung von Ministerin Hendricks aufgenommen. Dies zeigt einmal mehr: Wenn wir uns gemeinsam für unsere Region und unsere ländlichen Räume einsetzen, werden wir sehr wohl gehört!

Einen solchen gemeinsamen Einsatz brauchen wir auch, wenn es um das Thema Ehrenamt geht. Bei meinem Gespräch mit den Landfrauen ist die herausragende Bedeutung des Ehrenamtes für Dörfer und Gemeinden auf dem Land noch einmal besonders deutlich geworden. Ehrenamtliches Engagement stärkt nicht nur den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl, es leistet besonders in ländlichen Regionen oftmals einen unabdingbaren Beitrag in den Bereichen Mobilität und sozialer Teilhabe bis hin zur Unterstützung in der Pflegeversorgung durch Wahrnehmung von niedrigschwelligen Pflegeangeboten (Einkauf, Alltagsbegleitung, Essen auf Rädern, oder ein persönliches Gespräch).

Daten und Fakten

Deutsches Wirtschaftswachstum auf Vierjahreshoch

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr mit einem Plus von 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr so stark gewachsen wie zuletzt im Jahr 2011. Damit zeigte sich die konjunkturelle Lage wie schon in der Vergangenheit äußerst solide.

Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, trugen vor allem die privaten Konsumausgaben mit einem preisbereinigten Zuwachs von 2,0 Prozent zur positiven Entwicklung bei. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen im Vergleich mit plus 4,2 Prozent sogar noch stärker an.

Als weitere Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums erwies sich die Investitionstätigkeit. Die preisbereinigten Bauinvestitionen legten im Jahr 2016 um 3,1 Prozent zu. Dies führte neben mehr Wohnraum auch zur Belebung des Baugewerbes, das gemeinsam mit allen anderen Wirtschaftsbereichen besonders positiv zur Bruttowertschöpfung beitrug.

Die gute konjunkturelle Lage wirkte sich auch erfreulich auf den Arbeitsmarkt aus, wo mit 43,5 Millionen Menschen der höchste Stand von Erwerbstätigen seit 1991 gemessen werden konnte.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Wenn man sich diese Breite an Einsatz vor Augen führt, bin ich mir sicher, dass wohl kaum jemand in Frage stellt, dieses Engagement auch gebührend zu honorieren. Doch abgesehen von Anerkennung für ehrenamtliche Tätigkeiten wurde mir von konkreten Hürden und Ärgernissen in Verbindung mit dem Ehrenamt berichtet. Die Höhe und Verfügbarkeit von Aufwandsentschädigungen und auch die zuweilen starren Regeln der Bürokratie zur Erlangung öffentlicher Zuschüsse wurden kritisiert. Für mich ist klar: Wer ein Ehrenamt ausübt darf nicht draufzahlen! Auch finde ich es schlimm, wenn gute Ideen von engagierten Bürgern von der Bürokratie ausgebremst werden. Das Ehrenamt braucht Freiräume. Der Staat sollte diese absichern. Solche flexib-



Sehr angeregt waren meine Gesprächsrunden mit den Landfrauen in Bürstel (Bild) und auch in der Wesermarsch.

Bild: Büro Grotelüschchen

len Freiräume sind aber nur ein Beitrag, um das Ehrenamt auch für die Zukunft individuell attraktiv zu gestalten. Daher freue ich mich darauf, weiterhin im Dialog mit Akteuren im Wahlkreis an Lösungen zu arbeiten, die Ehrenamt, strukturelle Heraus-

forderungen des ländlichen Raumes und generationsübergreifendes Miteinander stärken und für die Zukunft nachhaltig gestalten. Für das Engagement der Landfrauen, das für unsere Region unersetzlich ist, danke ich auf jeden Fall von Herzen.

Apotheker contra Versandhandel

Apotheken, gerade im ländlichen Raum, haben es nach dem Urteil des europäischen Gerichtshofs zum Versandhandel von verschreibungspflichtigen Medikamenten und insbesondere der möglichen Rabatte, nicht leicht. Das haben mir meine jüngsten Gespräche mit Apothekern in der Wesermarsch, im Landkreis Oldenburg und in Delmenhorst bestätigt. Versandapotheken können günstigere Preise beim Pharmaunternehmen einhandeln und entsprechend Abschlag gewähren. Für deutsche Apotheken gilt im Binnenhandel dagegen weiterhin die deutsche Arzneimittelpreisverordnung. Sie sind zudem verpflichtet u.a. Not- und Wochenenddienste zu leisten, Medikamente vorzuhalten und mit einem aufwendigen



In Hude war ich bei Apothekerin Silke Langer in der „Alte Raben Apotheke“ zu Besuch.

Kontrollsystem das Patientenwohl zu sichern. Daraus resultiert eine eindeutig nachteilige Wettbewerbsverzerrung, die es politisch zu lösen gilt. Auch wir sind gefordert die hohe Qualität und den guten Service wertzuschätzen. Gerade in einer Zeit, in der Arztpraxen schließen, führt der erste Gang bei kleineren Beschwerden zum Apotheker. Er ist in einer Gemeinde wie auch der Lebensmittelladen eine wichtige Anlaufstelle, auch für ein Gespräch.

Unterwegs:

- 22.02.2017 — Jahresempfang der Gemeinde Hatten
- 23.02.2017 - Mitgliederversammlung der Senioren Union Großenkneten
- 28.02.2017 - Ausbildungsabschlussfeier der Kreishandwerkerschaft Delmenhorst



Astrid Grotelüschchen MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969